

2024/0384/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Frau Puchner



Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 16.05.2024

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	19.09.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Die Niederschrift wird genehmigt.

Anlage/n

- 1 NS Rat 16.05.2024 öffentlich (öffentlich)



Niederschrift öffentlich

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 16.05.2024
Sitzungsbeginn:	17:35 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Am Forum 5, 66424 Homburg

Anwesend

Vorsitz

Michael Forster

Mitglieder

Christine Caster	
Winfried Anslinger	bis TOP 31
Matthias Bächle	
Ulrike Bender	
Maren Berger	
Wilfried Bohn	
Simon Brixius	ab TOP 1.1
Thorsten Bruch	abwesend bei TOP 32
Patrick Cappel	
Pascal Conigliaro	
Michael Eckardt	abwesend bei TOP 28.2 bis TOP 30
Michael Eckhardt	
Peter Fuchs	
Dr. Eric Gouverneur	bis TOP 31, abwesend bei TOP 11
Vanessa Haas	
Franca Ingrao Grupico	
Frank Michael Karg	
Sevim Kaya-Karadağ	
Prof. Dr. Frank Kirchhoff	
Ute Kirchhoff	
Raimund Konrad	abwesend bei TOP 7
Nathalie Kroj	
Jörg Kühn	abwesend bei TOP 28.2 bis TOP 30

Katrin Lauer
Markus Loew
Suginthan Markandu
Christine Maurer
Dr. Stefan Mörsdorf
Willibald Motsch
Otwin Neumann
Daniel Neuschwander
Rolf Omlor
Carola Piazolo
Prof. Dr. Marc Piazolo
Jürgen Portugall
Michael Rippel
Barbara Spaniol
Florian Spaniol
Siegfried Stolz
Yvette Stoppiera-Wiebelt ab TOP 28.2
Nurettin Tan
Tim Friedrich Titt
Axel Ulmcke
Daniel Wiebelt ab TOP 28.2

Verwaltung

Jannis Dreißigacker
Roland Ecker
Claudia Kowollik
Anke Michalsky
Manfred Rippel
Christina Schmidt
Marita Seger
Jürgen Simon
Janine Petri
Michael Braß
Daniela Colling
Michael Banowitz
Jürgen Kruthoff
Frank Missy
Kerstin Puchner
Ralf Weber

Abwesend

Mitglieder

Peter Böhm	unentschuldigt
Marianne Bullacher	entschuldigt
Markus Emser	entschuldigt
Peter Kaufmann	entschuldigt
Pascal Keßler	unentschuldigt
Melanie Loew	entschuldigt
Jürgen Lutter	entschuldigt

Ortsvorsteher

Reinhold Nesselberger

Gäste:

Elvir Memic (TOP 8)
Sascha Zimmer (TOP 10)
Fritz Lehmann (TOP 38)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Stellungnahme zur Verteilung von Flugblättern im Gremium
- 1.2 Änderung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 07.02.2024
- 4 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.03.2024
- 4.1 Einwand gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 21.03.2024 (TOP 8) 2024/0217/100
- 5 Antrag der CDU-Fraktion: Sanierung der Jugendverkehrsschule Homburg zur Sicherstellung der Radfahrausbildung für die Grundschul Kinder 2024/0211/100
- 6 Antrag der CDU-Fraktion: Die Sicherheit bei Veranstaltungen durch ein Verkaufsverbot von Anscheinswaffen sowie die Prüfung von Waffenverbotszonen erhöhen 2024/0212/100
- 7 Zuschuss zum Homburger Musiksommer für das Jahr 2024 und nachträglich für das Jahr 2023 2024/0209/410
- 8 Einöder Straße 50- Nutzungsänderung der ehem. Schreinerei, Aufstockung, Herstellung von 12 Wohnungen; Gemarkung Beeden-Schwarzenbach 2024/0206/610
- 9 Mainzer Straße 59- Erweiterung des Bestandsgebäudes in ein Mehrfamilienwohnhaus, Gemarkung Erbach-Reiskirchen 2024/0199/610
- 10 Am Ohligberg 26- Umbau und Ausbau eines Gebäudes (ehemals „Spelzenklamm“) mit Gästezimmer und einer Betriebswohnung zu einem Mehrfamilienwohnhaus; Gemarkung Einöd 2024/0205/610

11	Verleih Bühnenmobil und sonstiges Inventar an Vereine und sonstige Organisationen	2024/0194/BG
12	Beschaffung der FGTS-Containeranlage am Schulstandort Beeden einschließlich der Möbelausstattung	2024/0181/650
Geschlossene Abstimmung (TOP 13 bis TOP 27)		
13	Ermächtigung zur Aufnahme eines Investitionskredites für die Kreisstadt Homburg für das Jahr 2024	2024/0104/200
14	Angebot zur Kommunalabgabe für den Windpark Webenheim	2024/0141/200
15	Angebot zur Kommunalabgabe für den Windpark Homburg	2024/0142/200
16	Überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung von Ersatzbeschaffungen für den Baubetriebshof zur Erfüllung städt. Pflichtaufgaben	2024/0148/200
17	Überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung der Erstausrüstung der Tiefbaukolonne „Heißasphalt-Trupp“ am BBH	2024/0150/200
18	Betriebskostenzuschuss 2024 an die Musikschule Homburg gGmbH	2024/0159/200
19	Betriebskostenzuschuss 2024 an die Stiftung Römermuseum Homburg-Schwarzenacker	2024/0160/20
20	Betriebskostenzuschuss 2024 an die Homburger Kulturgesellschaft gGmbH für das Jahr 2024	2024/0161/200
21	Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Musikschule Homburg gGmbH	2024/0110/24
22	Wirtschaftsplan 2024 der Homburger Kulturgesellschaft gGmbH	2023/0557/410-03
23	Wirtschaftsplan 2024 der GEW Management GmbH	2024/0111/24
24	Weiterführung der Partnerschaft für Demokratie	2024/0147/50

25	Bebauungsplan "Südlich Schlehecke", Gemarkung Kirrberg, hier: Erneuter Entwurfsbeschluss	2024/0109/610-01
26	Überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung der Lagerfläche gem. ErsatzbaustoffVO	2024/0124/680
27	Auftragsermächtigung Kauf einer Kompaktkehrmaschine	2024/0187/69
28	Unterrichtungen	
28.1	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Unterrichtung zur Einrichtung zweier Fahrradzonen (Untere und Obere Allee/Kirrberger Str. sowie in der Birkensiedlung)	2024/0213/100
28.2	Arbeitskreis "'Gewalt gegen Frauen"	2024/0198/FB
28.3	Machbarkeitsstudie "Altes Rathaus"- Marktplatz	2024/0193/650
29	Allgemeine Unterrichtungen	
29.1	Interaktiver Mängelmelder	
29.2	Kino in Homburg	
29.3	World Clean Up Day	
29.4	Einweihungstermin Fahrradzone Birkensiedlung	
29.5	Anlage am Friedhof Jägersburg	

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

1.1 Stellungnahme zur Verteilung von Flugblättern im Gremium zur Kenntnis genommen

Hinsichtlich der vor Beginn der Stadtratssitzung von RM Omlor verteilten Flugblätter merkt BM Forster an, dass ihm sehr missfalle, dass der Stadtrat zu derartigen Willensäußerungen missbraucht werde. Er stellt klar, dass sich die Stadtverwaltung deutlich von dieser Aktion distanzieren.

1.2 Änderung der Tagesordnung ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erklärt, dass es bezüglich des neu aufzunehmenden TOP „Am Ohligberg 26“ zu einem technischen Versehen gekommen sei, weswegen dieser nicht auf der Tagesordnung erschienen sei.

RM Omlor moniert, dass dieser Punkt zuvor nicht im Ortsrat Einöd behandelt worden sei.

Herr Banowitz gibt RM Omlor recht. Weiter führt er aus, dass Bearbeitungsfähigkeit, Vollständigkeit und Antragsingang erst nach der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 02. Mai 2024 zu verzeichnen gewesen seien. Man hätte den Ortsrat Einöd involviert, allerdings habe die Verwaltung keinen Einfluss darauf, wann ein Bauantrag eingehe. Die Genehmigungsfiktion sehe nach drei Monaten die Erteilung einer Baugenehmigung vor, sofern alle Voraussetzungen erfüllt seien. Die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses sei jedoch erst auf den 07. September 2024 terminiert. Deswegen sei dies heute die letzte Gelegen-

heit, die Angelegenheit im Gremium zu beraten.

Herr Missy ergänzt, dass alternativ nur eine Eilentscheidung der Verwaltung möglich gewesen wäre. Deshalb habe man es bevorzugt, die Angelegenheit in die heutige Stadtratssitzung einzubringen, um eine demokratische Entscheidung ermöglichen zu können.

Hinsichtlich des zu vertagenden TOP 11 erkundigt sich RM Dr. Gouverneur, wie die Vereine in der Zwischenzeit vorgehen sollten. Aktuell sei es so, dass seitens der Stadt für Vereinsveranstaltungen nichts verliehen werde, obwohl es sich bei den Vereinen in aller Regel um Non-Profit-Organisationen handele.

Der Vorsitzende versichert, dass weiter vorgegangen werde, wie es derzeit auch der Fall sei: Die Verwaltung verleihe auf Zuruf, sofern das entsprechende Equipment, wie zum Beispiel der Bühnenwagen, verfügbar sei – jedoch ohne dass die Vereine einen Anspruch darauf hätten.

RM Stolz beantragt außerdem, den ursprünglichen TOP 25 (Beschaffung der FGTS-Containeranlage am Schulstandort Beeden) aus der geschlossenen Abstimmung herauszunehmen. Er habe bereits in der Sitzung des Ständigen Vergabeausschusses vom 08. Mai 2024 nicht dafür gestimmt, da für ihn an dieser Stelle noch Klärungsbedarf bestehe.

Beschluss: Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

TOP 10: „Dachreparaturarbeiten an der Mehrzweckhalle am Schulstandort Kirrberg“ wird als neuer TOP 37 in den nichtöffentlichen Teil verschoben.

TOP „Am Ohligberg 26 – Umbau und Ausbau eines Gebäudes (ehemals „Spelzenklamm“) mit Gästezimmer und einer Betriebswohnung zu einem Mehrfamilienwohnhaus; Gemarkung Einöd“ wird als neuer TOP 10 in die Tagesordnung aufgenommen.

TOP 11: „Verleih Bühnenmobil und sonstiges Inventar an Vereine und sonstige Organisationen“ wird in die Amtszeit des neu zu wählenden Stadtrats vertagt.

TOP 25: „Beschaffung der FGTS-Containeranlage am Schulstandort Beeden einschließlich der Möbelausstattung“ wird auf Wunsch eines Ratsmitglieds aus der geschlossenen Abstimmung genommen und als neuer TOP 12 separat behandelt.

TOP 28.3: „Machbarkeitsstudie „Altes Rathaus“ – Marktplatz“ wird als Ergebnis der Fraktionsvorsitzendenbesprechung in die neue Amtszeit vertagt.

Abstimmungsergebnis: jeweils einstimmig

2 Einwohnerfragestunde

zur Kenntnis genommen

Es lagen keine Einwohneranfragen vor.

-
- 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 07.02.2024 ungeändert beschlossen

Beschluss: Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-
- 4 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.03.2024 zurückgezogen

-
- 4.1 Einwand gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 21.03.2024 (TOP 8) 2024/0217/100 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 21. März 2024 wird gemäß dem Einwand von RM Barbara Spaniol zu TOP 8 geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-
- 5 Antrag der CDU-Fraktion: Sanierung der Jugendverkehrsschule Homburg zur Sicherstellung der Radfahrausbildung für die Grundschul Kinder 2024/0211/100 ungeändert beschlossen

RM Rippel trägt zur Begründung des Antrags der CDU-Fraktion vor, dass die Jugendverkehrsschule in die Jahre gekommen sei, was den baulichen Zustand betreffe. Einiges sei zwar repariert und saniert worden, wofür er dem Gebäudemanager

nagement danke, dennoch solle zeitnah eine grundhafte Sanierung angegangen werden, insbesondere was die Räumlichkeiten der Verkehrsschule angehe. Auch wenn die Stadt die Sanierung grundsätzlich bereits auf der Agenda habe, sei es für die CDU-Fraktion wichtig, die Sanierung bereits jetzt politisch auf den Weg zu bringen, um die finanziellen Mittel für das Haushaltsjahr 2025 im Zuge der nach der Sommerpause anstehenden Haushaltsberatungen einplanen zu können. Dies sei auch im Hinblick auf den beim Land zu stellenden Förderantrag wichtig, damit die Fördermittel rechtzeitig abgerufen werden könnten.

Für RM Ute Kirchhoff sei der Antrag richtig und wichtig, weil die Jugendverkehrsschule für Kinder und Jugendliche einen wesentlichen Beitrag in der Verkehrserziehung leiste. Insofern gebe sie dem Antrag volle Unterstützung. Man müsse jedoch bedenken, dass es den Kindern relativ wenig helfe, wenn sie vor Erlangen des Fahrradführerscheins zum Ende der Grundschulzeit die Regeln auf dem Verkehrsübungsplatz zwar lernten. Die Verkehrsräume seien allerdings derart zugestellt, dass Kinder sich dort kaum bewegen könnten. Deswegen müsse man dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche im Verkehrsraum ihren Platz bekämen, auf dem sie sich sicher und bequem bewegen könnten.

RM Bohn gibt an, die Gebäude der Jugendverkehrsschule zu kennen. Er verstehe den Antrag so, dass zunächst Aufwand und Kosten ermittelt werden sollten. Dem könne die SPD-Fraktion nur zustimmen.

Der Vorsitzende bestätigt, dass es vorerst insbesondere um die Ermittlung der Kosten gehe, damit die Sanierung in den anstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 eventuell auch berücksichtigt werden könne.

RM Barbara Spaniol führt für die Fraktion Die Linke aus, dass der Antrag insoweit einen aktuellen Bezug habe, als es im Frühjahr Bedarfszuweisungen für die Jugendverkehrsschule in Bexbach gegeben habe. Dies sei ein wichtiges Signal in Richtung Verkehrserziehung gewesen. Den Ausführungen von RM Ute Kirchhoff stimme sie zwar zu, allerdings müsse man die Sache auch singulär betrachten: Es gehe hier um die Jugendverkehrsschule und nicht um die Verkehrsbelastung an sich. Diese brauche die bestmögliche Ausstattung, weshalb man die Unterstützung des Landes auch nutzen sollte.

RM Ute Kirchhoff schlägt vor, einen Ortstermin zu vereinbaren, damit man sich einen Überblick verschaffen könne.

BM Forster weist darauf hin, dass es jedem freistehe, das Gelände zu besichtigen; RM Ute Kirchhoff könne aber gerne zu einem Ortstermin einladen.

Beschluss: Dem Antrag der CDU-Fraktion auf Vorlage eines Sanierungskonzepts für die Jugendverkehrsschule wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6	Antrag der CDU-Fraktion: Die Sicherheit bei Veranstaltungen durch ein Verkaufsverbot von Anscheinswaffen sowie die Prüfung von Waffenverbotszonen erhöhen	2024/0212/100 verwiesen
---	--	----------------------------

RM Rippel trägt zur Begründung vor, dass es für beide Aspekte (Verkaufsverbot von Anscheinswaffen sowie Waffenverbotszonen) konkrete Anlässe gebe: Er verweist auf den Vorfall der Körperverletzung mithilfe eines Messers, der sich unlängst bei der vergangenen Osterkirmes ereignet habe. Außerdem sei ihm im Nachgang zum Jägersburger Strandfest im Sommer 2023 zugetragen worden, dass Jugendliche mit täuschend echten Anscheinswaffen, die sie an den Verkaufsbuden erworben oder gewonnen hätten, über das Veranstaltungsgelände flaniert seien. Er betont, dass die CDU-Fraktion weit davon entfernt sei, Homburg als neuen Kriminalitätshotspot darzustellen. So habe es bei vergangenen Großveranstaltungen wie der Homburger Braunacht oder der Bierwanderung keine Vorfälle gegeben. Dennoch sei eine Aufarbeitung der Vorfälle auf der Osterkirmes in politischer Hinsicht bisher nicht erfolgt, obwohl dies in der Öffentlichkeit im Nachgang sehr wohl ein Thema gewesen sei. Der CDU-Fraktion sei bewusst, dass die Einführung von Waffenverbotszonen kein einfaches Thema sei, bei dem es ein klares Ja oder Nein gebe. Deswegen habe man den Antrag explizit als ergebnisoffene Prüfbitte formuliert, da auch mildere Maßnahmen in Betracht kommen könnten. Es gehe hier nicht um Wahlkampfgeplänkel oder Effekthascherei, sondern um die Verbesserung der Sicherheit bei Veranstaltungen. Man verfolge mit dem Antrag das Ziel, die Beratung in die neue Amtsperiode nach der Sommerpause zu verweisen, damit dieser in den Ausschüssen ausführlich vorbehandelt werden könne.

7	Zuschuss zum Homburger Musiksommer für das Jahr 2024 und nachträglich für das Jahr 2023	2024/0209/410 geändert beschlossen
---	--	---------------------------------------

Der Vorsitzende merkt an, dass bei diesem TOP ein Fehler unterlaufen sei, da der Zuschuss für das 2023 bereits beschieden und ausgezahlt worden sei. Es gehe also lediglich um den Zuschuss für das Jahr 2024.

Beschluss:

Die Gewährung des Zuschusses in Höhe von 60.000 € für das Jahr 2024 an die Interessengemeinschaft Homburger Altstadt e.V. wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8 Einöder Straße 50- Nutzungsänderung der ehem. Schreinerei, Aufstockung, Herstellung von 12 Wohnungen; Gemarkung Beeden-Schwarzenbach **2024/0206/610** ungeändert beschlossen

Herr Banowitz erläutert, dass es hinsichtlich der TOP 8 bis 10, die zuvor nicht im Bau- und Umweltausschuss behandelt worden seien, aufgrund der anstehenden sitzungsfreien Zeit zu der Situation käme, dass die Genehmigungsfiktion greife, unabhängig davon, ob über die Vorhaben beraten wurde oder nicht. Deswegen seien diese Punkte kurzfristig in die Tagesordnung aufgenommen worden.

Der Vorsitzende unterbricht Herrn Banowitz und weist eine Zuschauerin darauf hin, dass diese keine Fotoaufnahmen fertigen dürfe.

Herr Banowitz stellt das Vorhaben aus baurechtlicher Sicht vor.
Die Präsentation des Bauprojekts übernimmt Herr Memic als Vorhabenträger.

Herr Banowitz empfiehlt dem Rat, das Einvernehmen herzustellen. Herr Missy ergänzt, dass es sich bei dem Vorhaben um eine klassische Nachverdichtung bzw. Nachnutzung handele, was orts- und bundespolitisch als Idealfall zu betrachten sei.

RM Ulmcke fragt nach, ob das an der Straße befindliche Gebäude mitgenutzt werde.

Herr Memic verneint dies.

RM Marc Piazolo erkundigt sich, ob es, wie in der Sitzungsvorlage dargestellt, um die Schaffung von zwölf Wohnungen gehe. Des Weiteren fragt er, wie das Vorhaben energetisch zu bewerten sei.

Herr Memic bestätigt dies ebenfalls und fügt hinzu, dass außerdem 14 Parkplätze hergestellt werden sollten. Es handele sich um neuwertige Gebäude mit Luftwärmepumpe. Darüber hinaus sei eine Photovoltaikanlage vorgesehen.

Auf die Nachfrage von RM Bohn, wie groß die Wohneinheiten ungefähr werden sollten, gibt Herr Memic an, dass diese jeweils eine Größe von 40 bis 70 Quadratmetern aufweisen sollten.

RM Marc Piazolo erkundigt sich nach der Anzahl vorgesehener Fahrradstellplätze.

Herr Memic führt an, dass die diesbezügliche Planung noch nicht abgeschlossen sei. Es sei jedoch zu erwarten, dass mehr Fahrrad- als PKW-Stellplätze geschaf-

fen würden. Deswegen sei auch die Nähe zur Bushaltestelle sehr wichtig.

Für BM Forster sei dieses Projekt der Nachverdichtung sehr begrüßenswert.

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Baugesetzbuch (BauGB) wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-
- | | | |
|---|--|--|
| 9 | Mainzer Straße 59- Erweiterung des Bestandsgebäudes in ein Mehrfamilienwohnhaus, Gemarkung Erbach-Reiskirchen | 2024/0199/610
ungeändert beschlossen |
|---|--|--|

Herr Banowitz stellt das Projekt vor. Es gehe um eine Bestandsumnutzung hin von einem Drei- zu einem Zehn-Familienhaus. Wie bei TOP 8 bestehe auch hier die Problematik der Drei-Monats-Genehmigungsfiktion, weswegen man das Vorhaben in die heutige Ratssitzung eingebracht habe. Da der Vorhabenträger heute nicht vor Ort sein könne, habe die Verwaltung die Präsentation übernommen.

RM Bohn stellt klar, dass trotz der Namensgleichheit keine verwandtschaftliche Verbindung zu RM Kaya-Karadağ bestehe.

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 Baugesetzbuch (BauGB) wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-
- | | | |
|----|--|----------------------|
| 10 | Am Ohligberg 26- Umbau und Ausbau eines Gebäudes (ehemals „Spelzenklamm“) mit Gästezimmer und einer Betriebswohnung zu einem Mehrfamilienwohnhaus; Gemarkung Einöd | 2024/0205/610 |
|----|--|----------------------|

Herr Banowitz gibt einen Überblick über die Historie der Bestandsbebauung. Die ehemalige „Spelzenklamm“ sei als Gastronomie genehmigt worden und werde derzeit als Eventlokalität genutzt, was dahingehend problematisch sei, dass das Gebäude weder technisch noch wirtschaftlich für diese Art der Nutzung hergestellt werden könne.

Auch wenn der Außenbereich, in dem sich das Vorhaben befinde, grundsätzlich von jeglicher Bebauung ausgenommen sei, gebe es Ausnahmen, nämlich wenn keine öffentlichen Belange entgegenstünden. Das Vorhaben sei deswegen nicht

im Ausschuss beraten worden, weil die Oberste Naturschutzbehörde und das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz erst nach dem Zeitpunkt der letzten Sitzung eine Genehmigung in Aussicht gestellt hätten, ohne die eine Beratung zwecklos gewesen wäre.

Herr Zimmer stellt dem Rat das Projekt aus Vorhabenträgersicht vor. Es solle unter Berücksichtigung aktueller energetischer Anforderungen eine Umnutzung von temporärer Wohnnutzung hin zu dauerhafter Wohnnutzung erreicht werden.

RM Neuschwander merkt an, dass für den heutigen Abend erneut Starkregenereignisse vorhergesagt seien und der Ohligberg seines Wissens nach über dieses Grundstück mitentwässert werden solle. Er fragt, ob dies mit den neuen Eigentümern abgestimmt sei.

Herr Missy erklärt, dass das Nachbargrundstück zum Zwecke der Entwässerung vorgesehen sei.

RM Anslinger finde das Projekt grundsätzlich in Ordnung. Da es sich aber nach wie vor um Außenbereich handele, stelle sich für ihn die Frage, ob derartige Gebäude mit Bestandsschutz bei künftiger Erstellung eines Flächennutzungsplanes Auswirkungen auf diesen hätten. Das Entstehen einer Streusiedlung solle nämlich vermieden werden.

Herr Banowitz erläutert, dass mit der Entstehung einer Streusiedlung nicht zu rechnen sei. Das betreffende Gebäude genieße bereits heute aktiven Bestandsschutz. Falls dem Vorhaben zugestimmt werden sollte, gebe es einen neuen Bestandsschutz. Für den Fall, dass zukünftig eine Umnutzung vorgesehen sei, habe der Rat jederzeit die Möglichkeit, dieser nicht zuzustimmen. Dies führe im Außenbereich automatisch zum Abbruch.

Herr Missy fügt hinzu, dass eine Genehmigung nach § 35 Baugesetzbuch für den Außenbereich erteilt worden sei. Hierbei handele es sich bereits um eine Ausnahmegenehmigung.

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Baugesetzbuch (BauGB) wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12 Beschaffung der FGTS-Containeranlage am
Schulstandort Beeden einschließlich der
Möbelausstattung**

2024/0181/650

RM Conigliaro positioniert sich generell gegen Containerlösungen für Unterrichtszwecke; wenn überhaupt, dürfe es sich dabei nur um kurzfristige Lösungen handeln. Die Situation an der Grundschule Einöd sei nahezu unerträglich, da dort der gesamte Schulhof mit Containern zugestellt sei. Kinder könnten sich weder richtig aufhalten, noch richtig spielen. Dies gelte ebenso für die Luitpoldschule und weitere Standorte im Stadtgebiet. Aus seiner Sicht sei derzeit für Beeden keine Eile geboten, da dort noch ein Schulgebäude zur Verfügung stünde, das für eine Nachmittagsbetreuung genutzt werden könnte. Hierfür müsse eine Genehmigung beim Ministerium für Bildung und Kultur beantragt werden. Auch gebe es zum Beispiel in der Langenäckerschule ungenutzte Räumlichkeiten.

Mit 620.000 Euro handele es sich um einen sehr hohen Betrag, der verausgabt werden solle. Deswegen müsse eine Zustimmung genau überlegt sein.

Da die Vorlage für ihn ohnehin zu wenig Informationen enthalte, sei die Sache noch nicht entscheidungsreif. Ihm fehlten insbesondere aussagekräftige Zahlen, um über einen solch hohen Betrag abstimmen zu können.

Zudem sei die Beeder Bürgerschaft gegen eine Containerlösung, was sich aus etlichen Gesprächen vor Ort ergeben habe.

Er stellt die Frage, wie viele Container aktuell in Homburg in Betrieb seien.

Er betont, dass die SPD grundsätzlich für Identität in den Stadtteilen stehe, wozu eine Infrastruktur mit Schulen vor Ort und in den Stadtteilen gehöre, nicht aber Container oder Zentralschullösungen.

Auch wenn er persönlich gegen die Beschaffung stimmen wolle, werde die SPD-Fraktion in dieser Frage unterschiedlich abstimmen.

RM Lauer habe sich zu diesem Thema lange mit der Schulleitung unterhalten. Auch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen käme eine Containerlösung prinzipiell nur als Zwischenlösung in Betracht. Im Fall Beeden sei die Stellung von Containern intensiv in Absprache mit der Schulleitung, dem Träger sowie dem Schulamt geprüft worden. Alle Möglichkeiten habe man durchgesprochen, auch die von RM Conigliaro angesprochene Idee der Nachmittagsbetreuung im bestehenden Schulgebäude. Diese sei jedoch nicht möglich, da es beispielsweise nur einen PC-Raum gebe. Außerdem würden Kinder verschiedener Nationalitäten unterrichtet, was integrativen Unterricht erfordere. Zudem sei die Organisation der Verteilung des Lehrmaterials zwischen den Schulgebäuden nicht realisierbar, da es an Personal fehle. Dies führe auch dazu, dass die Beaufsichtigung der Kinder nicht gewährleistet werden könne.

Nach Ansicht von RM Lauer sei eine Containerlösung schnell umsetzbar. Auch hebt sie hervor, dass eine Verbindung zur bestehenden FGTS geplant sei. Zudem seien die Container in energetischer Hinsicht gut aufgestellt: Eine Belüftung sei

vorhanden, die Heizung modernisiert, die Wände im Vergleich zu älteren Containern nutzbar und die sanitäre Ausstattung optimal geregelt. Einen weiteren Vorteil sehe sie darin, dass das Schulgelände weiterhin nutzbar bliebe, da keine Einschränkungen auf dem Schulhof nötig seien. Da eine schnelle Lösung gebraucht werde, sehe sie für Beeden derzeit keine andere Lösung als die Aufstellung von Containern.

RM Barbara Spaniol stellt klar, dass sie hier als Ratsmitglied spreche, nicht aber als Kandidatin um das Amt der Landrätin. Man müsse in der Angelegenheit sachlich bleiben.

Sie stimmt RM Lauer zu. Klar sei, dass niemand von Containerlösungen begeistert sei. Klar sei auch, dass es sich bei Containern wenn überhaupt nur um notwendige Zwischenlösungen handeln dürfe. In Beeden sei dies, wie auch RM Lauer ausgeführt habe, gerade noch machbar. Es gebe eine Dringlichkeit, weil das Betreuungsangebot zu Beginn des nächsten Schuljahres stimmen und stehen müsse. Problem sei, dass baulich Vieles schleppend voranginge, weil die kommunalen Kassen klamm seien. Hier sehe sie auch das Land in der Pflicht, von dort hätte schon viel früher Unterstützung kommen müssen.

Es sei eine Zwischenlösung, von der niemand begeistert sei, aber auch gleichzeitig eine Möglichkeit, einiges an Engpässen aufzufangen. Darum gehe es hier heute; alles andere müsse danach als Dauerlösung richtig angegangen werden.

RM Rippel stellt fest, dass der Wahlkampf nun doch Einzug gehalten habe. Für ihn eigne sich dieses Thema nicht dazu, da man es auf dem Rücken der Kinder und Eltern austrage. Er bemängelt, dass die Stadt am Ende der Nahrungskette stehe und damit zu den ärmsten Schweinen gehöre.

Der Stadt entstünden Kosten in Höhe von 40 Millionen Euro, um die Grundschulen fit zu machen. Ungefähr den gleichen Betrag erhalte das Land als Förderung für das gesamte Saarland. Man könne sich also ausrechnen, wie viel Homburg davon abbekomme.

Er erachte es als unredlich, dass RM Conigliaro als Oberbürgermeister-Kandidat gegen die Containerlösung sei, nur weil er generell gegen Container sei.

RM Rippel betont, dass niemand für Container sei. Dennoch müsse man hier Realpolitik machen, also mit den Dingen, die man habe, umgehen. Entgegen der Erwartungen von vor 20 Jahren sei die Einwohnerzahl Homburg auf mehr als 44.000 gewachsen. Dies wirke sich massiv auf Kindertagesstätten, Grundschulen und weiterführende Schulen aus. Man müsse mit der geänderten Lage zurechtkommen, weswegen auch Containerlösungen in Betracht zu ziehen seien.

Zudem gebe es auch andere Beispiele: So werde in Neunkirchen ein kompletter Schulstandort in Containerbauweise errichtet – ohne massive Kritik. Im Regionalverband hingegen würde teilweise unter „Kann-Kindern“ gelost, wer in die Grundschule dürfe, da nicht genügend Kapazität vorhanden sei.

Er möge an die Informationsveranstaltung in Jägersburg erinnern. Dort hätten Eltern ihre Meinung zu den Containern an der Luitpoldschule teilweise geändert, Kinder gingen gerne zur Schule. Deswegen solle man nicht immer alles künstlich schwarzmalen.

BG Rippel stellt klar, dass er Container grundsätzlich auch nicht möge. Er sitze hier vorne nicht, um Politik zu machen, sondern um eine Pflicht zu erfüllen. Er müsse das Problem lösen und sehe derzeit keine andere Möglichkeit als die Aufstellung von Containern. Man brauche die Containeranlage unbedingt. Er möge den Eltern nicht erklären wollen, dass die Stadt es nicht hinbekommen habe und man jetzt schauen müsse, wie man klarkäme.

RM Conigliaro stellt erneut die Frage, wie viele Schulcontainer im Stadtgebiet aufgestellt seien.

Herr Ecker teilt mit, dass es in Einöd zwei Einheiten mit insgesamt sechs Klassenräumen gebe, in Bruchhof drei Anlagen mit insgesamt ebenfalls sechs Räumen. Am Standort Sonnenfeld gebe es eine große Anlage mit insgesamt sechs Räumen, während es in Kirrberg eine Anlage mit drei Räumen gebe. Die Luitpoldschule verfüge über insgesamt drei Anlagen mit ebenfalls sechs Klassenräumen. In Beeden würde es ebenfalls um eine Anlage mit drei Räumen gehen.

Für die Verwaltung sei es insbesondere bei den FGTS-Containern schwierig, genaue Zahlen zu planen, weil es sich um ein freiwilliges Angebot handele, das sich immer größerer Beliebtheit erfreue. Für den Standort Beeden gebe es 96 Anmeldungen; das Ministerium gebe 20 Kinder pro Einheit vor. Dies ergebe fünf Betreuungsräume, von denen zweieinhalb vorhanden seien. Abgedeckt würde damit also nur der Bedarf für das kommende Schuljahr.

RM Frank Kirchhoff stellt fest, dass es sich um ein komplettes Gebäude handele, da etliche Räume gebaut werden müssten. Er fragt, ob es seitens der Stadt ein Konzept gebe, wie man die Containerlösung lösen wolle, und wie sich dies zeitlich niederschlage.

BG Rippel könne im Augenblick nicht beantworten, wie lange es dauern werde. Dies hänge auch von den zur Verfügung stehenden Geldern ab. Die Stadt bekäme im Rahmen des Schulpaktes rund 4,7 Millionen Euro, was nicht sonderlich viel sei.

RM Frank Kirchhoff fragt weiter, ob geplant sei, die kleinen Schulen in den Stadtteilen zu erhalten, oder ob es Tendenzen gebe, einige Ortsteile zu bündeln mit eventueller Schaffung eines zentralen Neubaus, während die einzelnen Standorte saniert würden.

BG Rippel erklärt, es solle eine gebundene Ganztagschule geschaffen werden. Diese müsse zentral in Homburg gebaut werden, wo die Plätze auch benötigt würden. Bis dahin brauche es eine Zwischenlösung, weswegen er den Stadtrat um Zustimmung zur Beschaffung bitte.

Beschluss:

Die Aufträge zur Beschaffung der FGTS-Containeranlage am Schulstandort Beeden einschließlich der Möbelausstattung werden nach erfolgter Ausschreibung direkt beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen bei

- 36 Ja-Stimmen (9 CDU, 6 SPD, 8 Bündnis 90/Die Grünen, 4 AfD, 3 Die Linke, 4 FWG, 2 FDP)
- 3 Gegenstimmen (SPD)
- 1 Enthaltung (SPD)

Geschlossene Abstimmung (TOP 13 bis TOP 27)

-
- | | | |
|-----------|--|--|
| 13 | Ermächtigung zur Aufnahme eines Investitionskredites für die Kreisstadt Homburg für das Jahr 2024 | 2024/0104/200
ungeändert beschlossen |
|-----------|--|--|

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird zur Aufnahme eines Investitionskredites in Höhe von 5.072.660,00 € ermächtigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-
- | | | |
|-----------|--|--|
| 14 | Angebot zur Kommunalabgabe für den Windpark Webenheim | 2024/0141/200
ungeändert beschlossen |
|-----------|--|--|

Beschluss:

Dem Angebot der EnBW Windinvest GmbH & Co. KG zur Kommunalabgabe für den Windpark Webenheim wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-
- | | | |
|-----------|--|--|
| 15 | Angebot zur Kommunalabgabe für den Windpark Homburg | 2024/0142/200
ungeändert beschlossen |
|-----------|--|--|

Beschluss:

Dem Angebot der Windpark „Auf der Weißen Trisch“ GmbH zur Kommunalabgabe für den Windpark Homburg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-
- 16 Überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung von Ersatzbeschaffungen für den Baubetriebshof zur Erfüllung städt. Pflichtaufgaben **2024/0148/200** ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung der Beschaffung eines Multicar für den Friedhofstrupp, eines Kleinmüllfahrzeuges und eines Abfallsammelfahrzeuges für den Baubetriebshof in Höhe von 495.000 EUR wird bewilligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-
- 17 Überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung der Erstausrüstung der Tiefbaukolonne „Heißasphalt-Trupp“ am BBH **2024/0150/200** ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung der Erstausrüstung der Tiefbaukolonne „Heißasphalt-Trupp“ am BBH in Höhe von 234.500 EUR wird bewilligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-
- 18 Betriebskostenzuschuss 2024 an die Musikschule Homburg gGmbH **2024/0159/200** ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Leistung eines Betriebskostenzuschusses der Stadt an die Musikschule Homburg gGmbH für das Jahr 2024 in Höhe von max. 600.000 Euro wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19	Betriebskostenzuschuss 2024 an die Stiftung Römermuseum Homburg-Schwarzenacker	2024/0160/20 ungeändert beschlossen
-----------	---	---

Beschluss:

Der Leistung eines Betriebskostenzuschusses der Stadt an die Stiftung Römermuseum Homburg-Schwarzenacker für das Jahr 2024 in Höhe von 300.000 Euro wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

20	Betriebskostenzuschuss 2024 an die Homburger Kulturgesellschaft gGmbH für das Jahr 2024	2024/0161/200 ungeändert beschlossen
-----------	--	--

Beschluss:

Der Leistung eines Betriebskostenzuschusses der Stadt an die Homburger Kulturgesellschaft gGmbH für das Jahr 2024 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

21	Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Musikschule Homburg gGmbH	2024/0110/24 ungeändert beschlossen
-----------	---	---

Beschluss:

Der Jahresabschluss der Musikschule Homburg gGmbH zum 31.12.2022 wird festgestellt und der Geschäftsführerin und dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

22 **Wirtschaftsplan 2024 der Homburger
Kulturgesellschaft gGmbH**

2023/0557/410-03
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2024 der Homburger Kultur gGmbH wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

23 **Wirtschaftsplan 2024 der GEW Management GmbH**

2024/0111/24
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die GEW Management GmbH wird zur Leistungserbringung an die Kreisstadt Homburg im Jahr 2024 beauftragt. Die Vorlage des Wirtschaftsplanes wird positiv zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

24 **Weiterführung der Partnerschaft für Demokratie**

2024/0147/50
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Weiterführung der Partnerschaft für Demokratie für eine Gesamtlauzeit von acht Jahren

Abstimmungsergebnis: einstimmig

25 **Bebauungsplan "Südlich Schlehecke", Gemarkung
Kirrberg, hier: Erneuter Entwurfsbeschluss**

2024/0109/610-01
ungeändert beschlossen

Beschluss:

- a) Der erneute Entwurf des Bebauungsplanes „Südlich Schlehecke“ wird gebilligt
- b) Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen

Abstimmungsergebnis: jeweils einstimmig

26	Überplanmäßige Auszahlung zur Finanzierung der Lagerfläche gem. ErsatzbaustoffVO	2024/0124/680 ungeändert beschlossen
-----------	---	--

Beschluss:

Die überplanmäßige Auszahlung für die Finanzierung der BlmschG - Lagerfläche gem. ErsatzbaustoffVO bis zur Höhe von 350.000 EUR wird bewilligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

27	Auftragsermächtigung Kompaktkehrmaschine	Kauf	einer	2024/0187/69 ungeändert beschlossen
-----------	---	-------------	--------------	---

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Lieferung einer vollelektrischen Kompaktkehrmaschine an den wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

28 Unterrichtungen

**28.1 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Unterrichtung zur
Einrichtung zweier Fahrradzonen (Untere und Obere
Allee/Kirrberger Str. sowie in der Birkensiedlung)**

2024/0213/100
zur Kenntnis genommen

Hinsichtlich der geplanten Fahrradzone in der Birkensiedlung trägt RM Marc Pia-zolo vor, dass man bereits bemerkt habe, dass die Umsetzung im Gange sei, ebenso die erforderlichen Markierungsarbeiten. Hier gehe es lediglich um die Be-kanntgabe des Einweihungstermins. Des Weiteren werde um Mitteilung des Sachstandes zur Überplanung des Einmündungsbereichs B423/Cappelstraße durch den Landesbetrieb für Straßenbau gebeten sowie zur geplanten weiteren Fahrradzone im Bereich Obere/Untere Allee bzw. Kirrberger Straße.

Herr Missy bestätigt, dass sich die Fahrradzone in der Birkensiedlung in der Um-setzungsphase befinde. Auch sei eine Abstimmung mit der Verkehrsbehörde des Saarpfalz-Kreises zwecks Anbindung an die B423 erfolgt; zur Vermeidung von Schleichverkehren solle die Ampelschaltung nach Maßgabe der Ortspolizeibehör-de angepasst werden.

Bei den Planungen für den Bereich Obere und Untere Allee sei es zu Verzögerun-gen beim beauftragten Ingenieurbüro gekommen. Man habe sich allerdings heute nochmal mit der Fahrradbeauftragten abgestimmt; bereits vorliegende Pläne und Ideen der Verwaltung seien von dieser eingesehen worden.

Es sei vorgesehen, die Vorschläge zeitnah mit dem Ingenieurbüro zu besprechen, um in der kommenden Legislaturperiode eine Vorlage in den Rat einbringen zu können. Herr Missy hoffe trotz divergierender Vorstellungen auf eine Umsetzung. Diese Vorstellungen reichten von der Einrichtung einer Fahrradstraße bzw. einer Fahrradzone, über die Errichtung eines Radweges entlang der Einbahnstraße hin zu einem gegenläufigen Fahrradweg in der Obere Allee. Eine Problematik bestehe im Busverkehr, der insbesondere zu Stoßzeiten mit Fahrradverkehr zusammenträ-fe. Es seien also die Belange starker und schwacher Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen, was technische und verkehrsrechtliche Aufgabe zugleich sei.

28.2 Arbeitskreis "Gewalt gegen Frauen"

2024/0198/FB
zur Kenntnis genommen

Frau Michalsky stellt die wesentlichen Ergebnisse des Arbeitskreises „Gewalt ge-gen Frauen“ vor.

RM Kaya-Karadağ bedankt sich für die Bildung des Arbeitskreises, dessen über-fraktionelle Zusammenarbeit sie lobe. Auch für sie sei Gewalt gegen Frauen kein Kavaliersdelikt, sondern eine Menschenrechtsverletzung, gegen die vorgegangen

werden müsse. Sie danke Frau Michalsky für die Begleitung und tatkräftige Unterstützung des Arbeitskreises und erhoffe sich, dass der neue Stadtrat hieran anknüpfe und diese wichtige Arbeit weiterführe.

RM Anslinger stimmt RM Kaya-Karadağ zu. Er habe in seinem Beruf solche Situationen erlebt und erinnere an seinen Vorschlag von vor 30 Jahren, in Homburg ein Frauenhaus zu gründen. Das Problem sei jedoch der nicht abzuschätzende Bedarf. Er frage, ob es dem Arbeitskreis gelungen sei, einen solchen festzustellen. Denn erst wenn ein Bedarf feststehe, könne die Stadt handeln.

Frau Michalsky verweist auf die Notwendigkeit einer aussagekräftigen Datenerhebung. Dies gestalte sich äußerst heterogen. Auch wenn ihr diverse Statistiken vorlägen, gehe man von einer 85-prozentigen Dunkelziffer aus. Darüber hinaus hätten sich nicht alle beanzeigten Vorfälle zum Zeitpunkt der Anzeige ereignet, sondern teilweise Jahre zurückgelegen. Je nach Organisation gebe es unterschiedliche Datenlagen, die sich zwar teilweise überschneiden, allerdings sei das Dunkelfeld enorm. Deswegen könne keine belastbare Aussage hinsichtlich eines eventuellen Bedarfs getroffen werden.

RM Anslinger frage weiter, ob nicht ein Mindestbedarf ermittelt werden könne. Da mehrere Frauenhäuser im Saarland betrieben würden, dürfte es seiner Ansicht nach aussagekräftige Erfahrungswerte geben, die es ermöglichen, zum Beispiel ein Angebot mit zunächst zwei Plätzen zu schaffen.

Die Frauenbeauftragte führt aus, dass es durchaus sinnvoll sei, nach Bereitstellung eines entsprechenden Angebots zu ermitteln, wie dieses angenommen würde. Hierfür seien jedoch auch die entsprechenden Mittel erforderlich; realisierbar sei dies nur im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit.

BG Rippel ergänze, dass auch beim Amt für Jugend, Senioren, Soziales und Integration derartige Fälle bekannt seien. Auch wenn er keine konkreten Zahlen nennen könne, sehe er zweifelsohne einen Bedarf für eine Einrichtung.

RM Barbara Spaniol bedanke sich zunächst bei Frau Michalsky für die tolle Koordination des Arbeitskreises. Es sei in der Tat problematisch, die Datenlage festzustellen. Für das östliche Saarland sehe sie auf jeden Fall einen Bedarf, dazu käme eine riesige Dunkelziffer. Sie sei froh, dass sie maßgeblich daran habe mitwirken können, die Landeskoordinierungsstelle zu schaffen. Das Thema sei mittlerweile Alltag und gehöre daher in den Vordergrund. Es müsse eine Schamgrenze überschritten werden und sei für Frauen mit Kindern schwer, passende Schutzräume zu finden. Deshalb sei es notwendig, die Initiative im nächsten Rat weiterzuführen.

29 Allgemeine Unterrichtungen

29.1 Interaktiver Mängelmelder

zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende stellt den über ein Geoinformationssystem neu bereitgestellten Mängelmelder vor. Die Nutzung sei direkt über die Homepage möglich, aber auch nach Installation der App „AEM“ auf dem Smartphone. „AEM“ stehe für Anregungs- und Ereignismanagement und stelle eine Karte bereit, die verschiedene Bereiche abbilde. So seien beispielsweise die Echt-Abfahrtszeiten des Busverkehrs abrufbar. Auch stelle die Karte Informationen zu den Bereichen Bildung, Soziales, Sport, Kultur und Freizeit zur Verfügung. Damit sei ein weiterer Digital Service für Bürgerinnen und Bürger eingeführt worden. Er bittet das Gremium, die Anwendung zu testen.

29.2 Kino in Homburg

zur Kenntnis genommen

BM Forster informiert den Rat darüber, dass die Meldung kursiere, das Homburger Kino solle schließen. Er habe versucht, Gespräche mit Eigentümer und Betreiber zu führen, um auf eine einvernehmliche Lösung hinzuwirken. Heute habe ihn dann die schlechte Nachricht ereilt, dass es keine Einigung geben werde. Der Eigentümer habe ihm jedoch versichert, dass es bereits einen neuen Betreiber gebe, der den Kinobetrieb baldmöglichst weiterführen wolle. Dies sei wiederum eine verständliche Nachricht.

29.3 World Clean Up Day

zur Kenntnis genommen

RM Marc Piazolo teilt mit, dass am 20. September 2024 der World Clean Up Day stattfindet. Er begrüßt es, wenn der Baubetriebshof die Gruppen wie im vergangenen Jahr logistisch mit Material unterstützen könne.

29.4 Einweihungstermin Fahrradzone Birkensiedlung

zur Kenntnis genommen

RM Marc Piazolo erkundigt sich nochmals, an welchem Tag und zu welcher Uhrzeit die Fahrradzone Birkensiedlung offiziell eingeweiht werden solle.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Fahrradzone am 27. Mai 2024 um 17 Uhr vor Ort eröffnet werden solle. Er weist darauf hin, dass die Verkehrszeichen und Markierungen dennoch bereits seit ihrer Aufstellung bzw. Aufbringung rechtsgültig seien.

29.5 Anlage am Friedhof Jägersburg

zur Kenntnis genommen

RM Stolz führt aus, dass die Audioanlage in der Aussegnungshalle des Friedhofes Jägersburg im vergangenen Jahr repariert worden sei. Diese Woche habe allerdings eine Beisetzung stattgefunden; die Anlage habe zu dem Zeitpunkt weder innen noch außen funktioniert. Er habe mit einem zuständigen Mitarbeiter gesprochen und sei der Ansicht, dass die Anlage ersetzt werden müsse. Er bitte die Verwaltung um Prüfung.

BM Forster sichert zu, dass sich die Verwaltung dem Problem annehmen werde.